

Elektromobilitätsgesetz (EmoG):

Seit dem Jahr 2015 ist das Elektromobilitätsgesetz in Kraft getreten, mit dem Kommunen elektrisch betriebenen Fahrzeugen im Straßenverkehr besondere Privilegien einräumen können. Dazu gehören

- (1) die Zuweisung besonderer Parkplätze an Ladestationen im öffentlichen Raum,
 - (2) die Verringerung oder der Erlass von Parkgebühren
 - (3) Bevorrechtigungen hinsichtlich der Nutzung von Busspuren
 - (4) die Ausnahme von bestimmten Zufahrtsbeschränkungen.
- Zur besseren Überprüfbarkeit werden die Fahrzeuge speziell gekennzeichnet (sogenanntes „E-Kennzeichen“).

Hier gibt es weitere Infos!

Gesetzliche Rahmenbedingungen – Umsetzung der Clean Vehicles Directive (CVD)

Mit dem Gesetz werden bei der öffentlichen Auftragsvergabe erstmals verbindliche Mindestziele für emissionsarme und -freie Pkw sowie leichte und schwere Nutzfahrzeuge, insbesondere für Busse im ÖPNV, für die Beschaffung vorgegeben. Die Vorgaben gelten ab dem 2. August 2021 und verpflichten die öffentliche Hand sowie für einzelne Dienstleitungen auch eine Auswahl bestimmter privatrechtlich organisierter Akteure (z.B. Post- und Paketdienste, Stadtreinigung) dazu, dass ein Teil der angeschafften Fahrzeuge zukünftig emissionsarm oder -frei sein muss.

Weitere Informationen zur CVD

- im **NaKoMo**
- auf der **BMDV Internetseite**

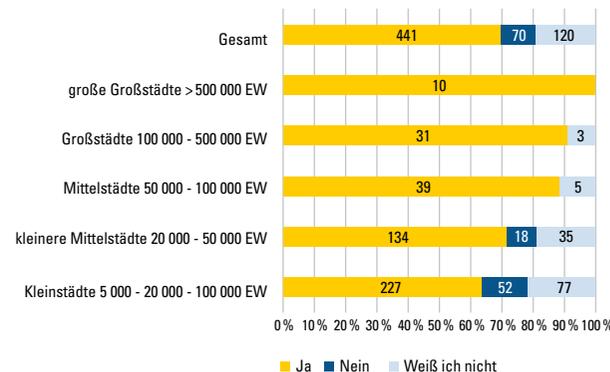


In diesem Factsheet werden die zentralen Ergebnisse einer Befragung von 631 deutschen Kommunen ab 5.000 Einwohnenden zusammengefasst. Die Befragung erhebt die Aktivitäten der Kommunen im Bereich Elektromobilität und wurde im Herbst 2021 durchgeführt. Die aktuelle Befragung ist damit die vierte Umfrage unter deutschen Kommunen (frühere Städtebefragungen des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) fanden in den Jahren 2011, 2014 und 2017/2018 statt). [Hier finden Sie mehr Infos!](#)

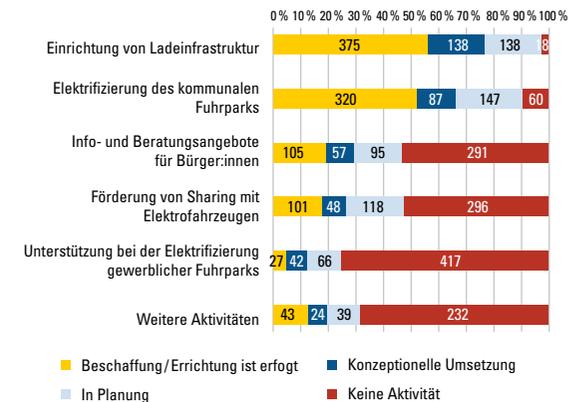
1. Die deutschen Kommunen sind auf einem guten Weg in die elektromobile Zukunft – Elektromobilität geht in die Fläche

- 80 % der deutschen Kommunen sind bereits im Thema Elektromobilität aktiv; weitere knapp 10 % planen in das Thema einzusteigen. Großstädte sind häufiger aktiv als kleinere Kommunen.
- Die meisten aktiven Kommunen errichten Ladeinfrastruktur oder beschaffen Elektrofahrzeuge für den Fuhrpark.
- Die Potenziale der E-Mobilität werden v.a. im Bereich Klimaschutz und für das Image der Kommune hoch eingeschätzt.
- Die wichtigsten Gründe, sich nicht im Thema zu engagieren, sind aus Sicht der bisher nicht aktiven Kommunen v.a. Personal- und Geldmangel.

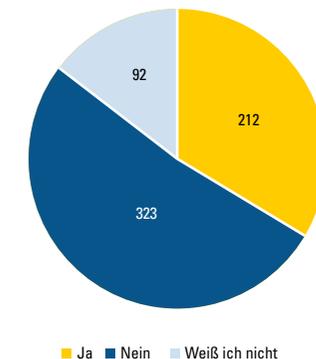
Ist das EmoG in Ihrer Kommune bekannt? (N= 631)



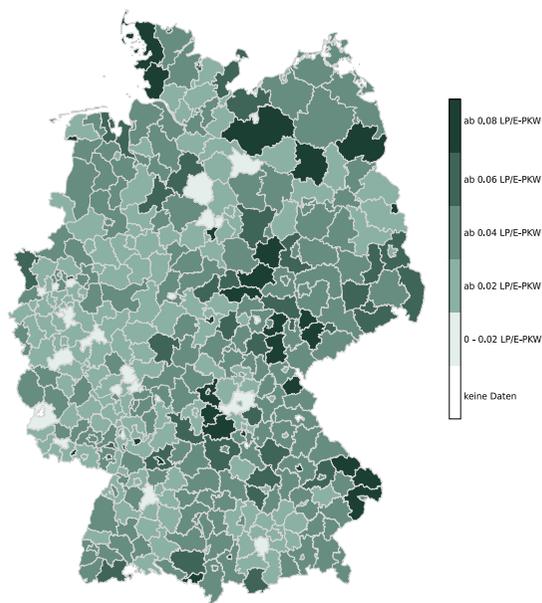
In welchen Handlungsfeldern ist Ihre Kommune aktuell schon aktiv oder plant Aktivität?



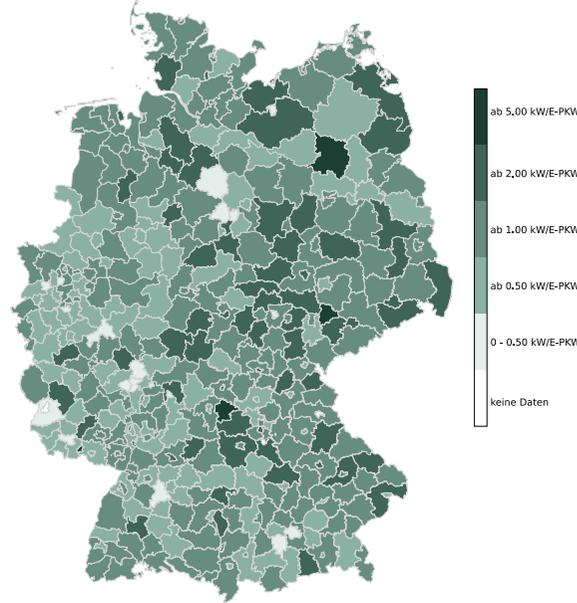
Ist Ihnen die Clean Vehicles Directive (CVD) bekannt?



**Anzahl Ladepunkte (EP) pro E-PKW
(Plug-In-Hybrid und batterieelektrisch)**



**Installierte Ladeleistung in kW pro E-PKW
(Plug-In-Hybrid und batterieelektrisch)**



2. Gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen mehr politischen Druck, sind aber noch nicht in allen Kommunen bekannt

- 70 % der deutschen Kommunen kennen das Elektromobilitätsgesetz (EmoG). Größere Kommunen wenden das EmoG häufiger und umfassender an als kleinere Kommunen.
- Am häufigsten (bei rund drei Vierteln der im Thema aktiven Kommunen) werden Bevorrechtigungen hinsichtlich Parken (d.h. die Zuweisung besonderer Parkplätze an Ladestationen im öffentlichen Raum) umgesetzt. Privilegien bzgl. der Nutzung von Busspuren oder der Ausnahme von Zufahrtsbeschränkungen werden bisher kaum angewandt.
- Auf Kreisebene besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Anwendung des EmoG und dem Pkw-Elektrifizierungsgrad. Zudem weisen aktive Kommunen im Bereich E-Mobilität einen leicht höheren Elektrifizierungsgrad auf (Siehe Grafik Deutschland-Karte zu KBA-Zahlen: Bestandszahlen und Anzahl Ladesäulen.)
- Schwierigkeiten bei der Umsetzung und Gründe für die Nicht-Umsetzung des EmoG sind häufig finanzielle/personelle Ressourcen sowie mangelnde Umsetzungsmöglichkeiten. Einen Leitfaden zur Umsetzung des EmoG finden Sie [hier](#).
- Die Clean Vehicles Directive (CVD) ist bisher nur in rund einem Drittel der Kommunen bekannt. Davon bestätigen 40 %, dass diese sich auf die Beschaffung auswirkt.

3. Die Corona-Pandemie wirkt sich nicht negativ auf die Aktivitäten beim Thema Elektromobilität aus

- Corona hat aus Sicht von rund 60% der Kommunen keinen Einfluss auf die weitere Bedeutung des Themas Elektromobilität in der Kommune. Knapp ein Drittel sehen sogar einen leicht positiven Einfluss der Pandemie auf das Thema.

Wo gibt es weitere Informationen?

- ▶ [Das Durchstarterset Elektromobilität](#)
- ▶ [Förderprogramme Elektromobilität](#)
- ▶ [NOW Newsletter](#)
- ▶ [Leitfaden zum Elektromobilitätsgesetz: Handreichung für Kommunen.](#)
- ▶ [Vernetzungsangebot über das Nationale Kompetenznetzwerk für nachhaltige Mobilität \(NaKoMo\) für Vertreter von Bund, Land und Kommune](#)

Fazit: Was brauchen die Kommunen, um sich (weiterhin) im Thema zu engagieren?

- ▶ Mehr Information bzw. Beratung (etwa bei Förderanträgen)
- ▶ Ausbau und Vereinheitlichung von Ladeinfrastruktur
- ▶ Es müssen personelle Ressourcen geschaffen werden
- ▶ **„Kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.“**

Die Bewältigung der Folgen der aktuellen Corona-Krise stellt Kommunen vor Herausforderungen. Welche Erwartungen haben Sie, was das für den Bereich Elektromobilität in Ihrer Kommune bedeuten wird?

